Antrag

der Abgeordneten **Ruth Müller, Florian von Brunn, Holger Griebhammer, Sabine Gross, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Bienen kennen keine Grenzen – wissenschaftliche Zusammenarbeit bayerischer und tschechischer Imker im Jubiläumsjahr ausbauen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, wie die wissenschaftliche Zusammenarbeit bayerischer und tschechischer Imker im 20. Jubiläumsjahr des EU-Beitritts Tschechiens vor dem Hintergrund des fortschreitenden Artenschwundes ausgebaut werden kann, insbesondere im Hinblick auf Bienenkrankheiten und -schädlinge sowie Züchtungen.

Begründung:

Die Imkereien in Bayern und im benachbarten Tschechien stehen vor den gleichen Herausforderungen: Als Folge des Klimawandels wächst die Bedrohung heimischer Honigbienen durch invasive Arten, wie etwa der asiatischen Hornisse. Ebenso breiten sich Krankheiten, wie die amerikanische Faulbrut, oder Krankheitserreger wie die Varroamilbe aus. Neben der Gefahr des Artenschwundes würde sich ein Rückgang der (Honig-)Bienen auch auf die Honigproduktion massiv auswirken.

Damit die Imkereien diese Probleme effizient und nachhaltig lösen können, wäre ein grenzübergreifender digitaler Austausch über Methoden zur Krankheits- und Schädlingsbekämpfung, aber auch über neue Züchtungen, hilfreich. Hierfür könnte eine Datenbank oder App eingerichtet werden, in der Imker ihre Erkenntnisse einspeisen, die anschließend von Bienenkundlern vor der Freigabe wissenschaftlich geprüft werden.

Mit diesem Pilotprojekt könnte die Staatsregierung Vorbild für eine grenzübergreifende Zusammenarbeit im Bereich von Artenschutz und Nahrungsmittelsicherheit sein und auch ihre Wertschätzung gegenüber der wichtigen Arbeit der Imkereien ausdrücken. Deswegen wird die Staatsregierung aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Landesanstalt für Wein- und Gartenbau und mit den entsprechenden tschechischen Behörden ein Maßnahmen- und Förderpaket zu erarbeiten, vorzustellen und umzusetzen.